

Kritik an Schulden in unruhigen Zeiten

Haushalt der Stadt Marburg mit rot-grüner Mehrheit verabschiedet · Bürgerliches Lager stimmte dagegen

Die Neuverschuldung der Stadt Marburg in Höhe von knapp 20 Millionen Euro war der Hauptkritikpunkt der Opposition.

Fortsetzung von Seite 1
von Heike Horst

Marburg. Knapp vier Stunden debattierten die Fraktionen am Freitagabend über den Haushalt 2012, der den Titel „unruhige Zeiten“ trägt. Während zuvor die Diskussion über die Dringlichkeitsanträge bezüglich der Sporthallensituation in Marburg sehr aggressiv verlief, ging es bei der Debatte doch eher sachlich zu. Die Fraktionen brachten – wie zuvor in den Ausschüssen – ihr Für und Wider bezüglich der Vorhaben vor.

So lobte zunächst die rot-grüne Koalition ihre Arbeit. Steffen Rink, Fraktionsvorsitzender der SPD, hob die positive wirtschaftliche Entwicklung der Stadt hervor. In Richtung CDU verteidigte Rink die Sanierung der Stadthalle, die die rot-grüne Mehrheit mit dem Haushalt auch durchsetzte: „Wir wollen die Stadthalle dort, wo die Menschen sind, nicht zwischen Auto- und Eisenbahn“, sagte er.

Für die Lebensqualität in Marburg spreche die soziale und kulturelle Infrastruktur. So wolle die SPD die Teilhabe aller Generationen am öffentlichen Leben. Dazu zähle das Angebot der Kinderbetreuung ebenso wie ein selbstbestimmtes Leben der älteren Generation so lange wie möglich.

Rinks Fraktionskollegin Kirsten Dinnebiere erklärte, dass der Zugang zur Bildung bei der SPD oberste Priorität habe. Zudem dienten die Schulen als Lebensraum, sodass sie auch entsprechend saniert werden müssten.

Konstante in unruhigen Zeiten

Wie die SPD lobte auch der Grünen-Fraktionsvorsitzende Dietmar Göttling die Arbeit der Koalition. In den „unruhigen Zeiten“ gebe es eine Konstante: die rot-grüne Koalition, die seit nunmehr 15 Jahren bestehe. Zum vierten Mal in Folge hätten die Marburger diesem Politikangebot ihr Vertrauen ausgesprochen, sagte Göttling im Rückblick auf die Wahlen in diesem Jahr.

Für die Grünen bedeute ver-



Die Stadtverordneten kamen am Freitag zu ihrer letzten Sitzung des Jahres zusammen und stimmten über den Haushalt für das kommende Jahr ab.

Foto: Nadine Weigel

antwortungsvolle Politik Nachhaltigkeit. Es gehe um Investitionen in den Erhalt und die Pflege der von rot-grün in den vergangenen Jahren aufgebauten sozialen, kulturellen und ökologischen Infrastruktur. Dies spiegele sich im vorliegenden Haushalt wider.

Uwe Volz von den Grünen warb für die Akzeptanz von Windkraftanlagen vor Ort. „Das Konfliktpotenzial, das der Bau von Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von bis zu 200 Metern und die damit einhergehende raumbedeutsame Wirkung auf das Landschaftsbild, mit der ein Eingriff in die unmittelbar erfahrbare Lebensumwelt der Bürgerinnen und Bürger verbunden sein kann, in sich birgt, ist uns durchaus bewusst“, sagte er.

Daher müsse es beim Ausbau

der Windenergie ein vorrangiges Ziel sein, die möglichst viele Menschen am Gewinnen teilhaben zu lassen.

Wieland Stötzel (CDU) kritisierte die Koalition wegen ihrer Pläne zur Windenergie: Sie wolle Anlagen dort errichten, wo keine Flächen vorgesehen seien und wo sie von den Bürgern nicht akzeptiert würden, erklärte er.

Und einem Haushalt, in dem eine Neuverschuldung von knapp 20 Millionen Euro vorgesehen sei, könne die CDU nicht zustimmen.

Mit dieser Meinung stand Stötzel nicht allein: Der Haushalt sei Klientel bezogen und lasse jegliches Gefühl der Nachhaltigkeit vermissen, erklärte Reinhold Becker von der MBL. Die Einnahmeseite im Gesamtergebnishaushalt weise rund 180 Mil-

lionen auf, etwa 2,8 Millionen mehr als im Entwurf. Damit sei die Koalition nicht in der Lage, einen Haushalt vorzulegen, der ohne neue Kredite auf dem Kapitalmarkt auskomme. Die Schulden der Stadt würden auf mehr als 90 Millionen erhöht. „Ich nenne das eine unverantwortliche Haushaltspolitik, die sie betreiben, zu Lasten unserer nachfolgenden Generationen“, so Becker.

Torsten Sawalies (FDP) fragte, was den Kämmerer zur Aufnahme des Kredits zwingt. Und er gab die Antwort. Nach seiner Vermutung ist es die „Eini-gung der unter langen Geburtsschmerzen neu zusammengeführten Koalition, in der keiner auf etwas verzichten wollte, jeder seine Duftmarken setzen und Leuchttürme bauen wollte“.

Jan Schalauske (Marburger Linke) forderte eine Politik, die den Mut habe, den Reichen zu nehmen und den Armen zu geben! Den Mut, die ökonomisch Mächtigen, die im Kapitalismus auch immer die politisch Mächtigen sind, in die Schranken zu weisen.

Karin Schaffner (CDU) machte deutlich, dass die Lebensqualität der Marburger mit Sicherheit und Sauberkeit verbunden sei.

In Marburgs Mitte aber habe der Dreck zugenommen, die Sicherheit abgenommen. Dies sei ein Thema, das im Haushalt nicht berücksichtigt werde und bei der Debatte keine Erwähnung finde, kritisierte sie.

Der Haushalt wurde schließlich mehrheitlich mit den Stimmen von SPD und Grüne beschlossen.